

Basta!

Nr. 4 / November 2005

Basels starke Alternative

Multitionen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Demokratische Uni – oder Uni-AG?

Bildungspolitik

Die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben sich auf die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel geeinigt und einen entsprechenden Staatsvertragsentwurf in die Vernehmlassung gegeben. Alter Wein in neuen Schläuchen, meint Rolf Häring, und fordert substantielle Änderungen.



Die neue Trägerschaft soll eine gemeinsame und ausgewogene Steuerung und Finanzierung der Uni durch die beiden Kantone ermöglichen. Baselland zahlt deutlich mehr als bisher. Die Uni

erhält insgesamt mehr finanzielle Mittel. Die Schaffung einer gemeinsamen Trägerschaft und eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten auf die beiden Kantone sind längst fällig. Der Schritt der Regierungen ist daher grundsätzlich zu begrüssen.

Es geht nicht nur ums Geld

Durch die Berichterstattung in den Medien ist allerdings der Eindruck entstanden, es handle sich dabei um eine rein finanzielle Angelegenheit. Dem ist aber nicht so. Zwar ist es wichtig, dass Baselland einen gerechteren finanziellen Anteil an den Basler Zentrumsleistungen übernimmt – übrigens nicht nur bei der Uni –, der vorliegende Staatsvertrag regelt neben den Finanzen aber auch die Kompetenzen der politischen und universitären Gremien bei der Steuerung der Uni. Und da wird die Sache problematischer.

Schluss mit der Entdemokratisierung der Uni

Wir erinnern uns: Im vergangenen Jahr beschloss der Universitätsrat den sogenannten Portfoliobericht und leitete einerseits durch den Ausbau der Life Sciences und der Gesellschaftswissenschaften, andererseits durch einen empfindlichen Abbau bei den klassischen Geistes- und Naturwissenschaften (z.B. Slavistik, Astronomie) eine eigentliche inhaltliche Umorientierung der Uni ein. Reichlich zynisch sprach man von „Schärfung des Profils“ der Uni. Der Universitätsrat ging dabei ganz im Stile eines Verwaltungsrats in einem Grosskonzern vor. Von einer ernst genommenen Vernehmlassung oder Mitbestimmung der an der Uni direkt Betroffenen, aber auch der politischen Öffentlichkeit konnte keine Rede sein.

Chance nutzen! Demokratische Strukturen schaffen!

Der Universitätsrat handelte dabei durchaus im Rahmen des geltenden Universitätsgesetzes. Dieses Gesetz wird nun aber mit dem neuen Staatsvertrag aufgehoben. Dieser Umstand weckt Hoffnungen auf die Einrichtung demokratischer Strukturen und Steuerungsabläufe. Die demokratische Fehlentwicklung in der Basler

Universitätspolitik, welche durch die Gesetzesrevision von 1996 und die damit verbundene Ausgliederung der Uni ermöglicht worden ist, kann in wesentlichen Belangen korrigiert werden. Schliesslich ist universitäre Bildung ein öffentliches Gut und gehört als solches demokratisch gesteuert und verantwortet.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Leider enttäuscht der Vertragsentwurf solche Hoffnungen auf der ganzen Linie. Nicht nur stellen sich die beiden Regierungen ausdrücklich hinter den erwähnten Portfoliobericht. Auch im Bereich der Steuerung und Mitbestimmung soll alles beim Alten bleiben.

Zwar erteilen die Kantone der Uni einen Leistungsauftrag, welcher die allgemeine universitätspolitische Zielsetzung vorgeben soll (§ 7, wie bisher). Sehr vielsagend kann dann allerdings diese Zielsetzung nicht sein, denn der Unirat definiert die strategische Ausrichtung und die Entwicklungsschwerpunkte der Universität (§ 23, wie bisher) und entscheidet über die Schaffung und Aufhebung von Studiengängen (§ 23, wie bisher). Die Definition der inhaltlichen Ausrichtung der Uni bleibt damit in der alleinigen Kompetenz des Unirates. Anlässlich eines Ge-

Fortsetzung Seite 2

Impressionen von der Jubiläumsfeier am 22. Oktober



„Letzte Vorbereitungen...“



Die Nationalrätin und ehemalige Berner Gemeinderätin Therese Frösch referiert zum Thema: Die Linke in der Regierungsverantwortung.



„Scherholder“ - ein Transparent aus den 90er-Jahren, aber immer noch aktuell.
(Fotos: Daniel Gelzer)



Die Historikerin Elisabeth Joris (links) referierte zum Thema „Der Staat unter dem Aspekt der Genderfrage“, der Philosoph Urs Marti (Mitte) zum Thema „Politische Voraussetzungen individueller Selbstbestimmung“.

Demokratische Uni? (Fortsetzung)

sprächs einer Delegation des Forums Demokratische Uni mit einer Regierungsdelegation BS/BL, bestätigte dies ein Vertreter der Regierungsseite mit der entlarvenden Bemerkung, theoretisch wäre sogar die Umfunktionierung der Uni in eine ETH möglich.

Im Wesentlichen beim Alten bleibt es auch in anderen wichtigen Belangen: Der Unirat legt die Personalpolitik fest (§ 23, wie bisher. Neu braucht es die Zustimmung der Regierungen, dies offenbar auf finanzpolitischen Wunsch von BL). Er erlässt die Zulassungsbeschränkungen (§ 23, bisher Unirat. Neu braucht es noch die Zu-

stimmung des Regierungsrates) sowie die Gebührenordnung (§ 23, wie bisher).

Was heisst schon „angemessene Mitbestimmung“

Die Parlamente bleiben nicht nur bei der inhaltlichen Ausrichtung und Schwerpunktsetzung ohne Einfluss. Auch bei der Wahl des Universitätsrates haben sie nichts zu melden. Die Regierungen nehmen diese Wahl allein vor (§19, wie bisher).

Und um das Bild abzurunden: Auch inneruniversitär bleibt es beim bisherigen Demokratiedefizit. Die Angehörigen haben eine „angemessene“ Mitbestimmung (§13, wie bisher), was bisher immer bedeutete, dass sie in zentralen Fragen wenig zu husten hatten. Die Tatsache, dass man im Vertragsentwurf die Planungskommission vergeblich sucht, welche bisher in allen Fra-

gen mit finanziellen Konsequenzen hätte beigezogen werden müssen – beim Portfolio wurde sie allerdings schlicht ausgelassen – ist ebenfalls ein Zeichen dafür, dass es mit dem Entdemokratisierungsprozess an der Universität noch weiter gehen soll.

Substanzielle Änderungen sind notwendig

Das Ausgliederungsgesetz, welches die Entdemokratisierung der Uni ermöglicht hat, ist 1995/96 fast ohne Widerstand, weder auf politischer noch auf universitärer Ebene, über die Bühne gegangen. Dies war ein entscheidender Fehler, den es diesmal zu vermeiden gilt. Mit der Vernehmlassung zum Staatsvertrag ist die Gelegenheit gegeben, substanzielle Änderungen am Vertragsentwurf zu verlangen.

R. Häring

Einer der sieben Schwerpunkte, die unter dem Titel „Das rot-grüne Basel in vier Jahren,“ im Frühling den Medien vorgestellt worden sind, ist unter dem Begriff „Leaderposition im Energiebereich“ folgendermassen zusammengefasst: „Der Anteil erneuerbarer Energien wird weiter erhöht. Mit besseren Anreizen für Investitionen im Energiesparbereich und in erneuerbaren Energien werden Arbeitsplätze geschaffen“. Die SP und die Fraktion Grünes Bündnis haben diese Zielvorgabe jetzt konkretisiert.



Am 30. Juni 2005 haben BastA!, Grüne Partei und SP an einer gemeinsamen Medienorientierung die neue Energiepolitik vorgestellt: „Unterwegs zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energi-

en“. Wir haben in Basel-Stadt und Baselland Atomschutzgesetze, welche die Regierungen zum Widerstand gegen AKWs verpflichten. Die Basler Energiepolitik – dank Lenkungsabgabe und Förderabgabe heute schon Spitze – wird nochmals neu ausgerichtet nach dem Motto „Wir legen einen Zacken zu“. Im Grossen Rat wurden 10 Vorstösse – auch mit Unterschriften bürgerlicher ParlamentarierInnen – eingereicht. In der Sitzung des Grossen Rates vom 20. Oktober 2005 wurden alle Motionen und Anzüge meist mit grossem Mehr überwiesen. Ein erster Pfeiler rot-grüner Politik wurde erfolgreich eingeschlagen!

Die einzelnen Vorstösse sind im Folgenden kurz zusammengefasst.

1. Motion zur Förderung energieeffizienter Investitionen: Durch eine Ergänzung des Energiegesetzes sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher von Elektrizität und Wärme im Kanton Basel-Stadt eingeladen werden, bei Gebäuden, Geräten und Anlagen modernste Energietechnik einzusetzen.

2. Motion betreffend gänzlich atomstromfreie Beschaffungen der Industriellen Werke Basel (IWB): Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein breites Portfolio an eigenen Kraftwerken mit vorwiegend erneuerbaren Energien, die einen Grossteil der Strombeschaffung der Industriellen Werke Basel (IWB) abdecken. Im Jahre 2003 stammte der Strombezug zu 85% aus Wasserkraft, zu 2,5% aus Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen, zu 0,1% aus Solarstrom und zu 0,03% aus Fremdbezug, dessen Herkunft nicht spezifiziert ist. Die Motion verlangt, dass die Strombeschaffung der IWB innert maximal dreier Jahre ausschliesslich aus erneuerbaren Energien oder Wärme-Kraft-Kopplung stammt.

3. Motion zur gesetzlichen Verankerung des Minergie-Standards: Der Vorstoss verlangt für Neubauten und bewilligungspflichtige Umbauten von Immobilien und Anlagen der öffentlichen Hand den Minergie-Standard. Minergie ist ein Qualitätslabel für neue und sanierte Gebäude, die gegenüber den bestehenden gesetzlichen Vorschriften erhöhte Anforderungen bezüglich des effizienten Energieeinsatzes erfüllen. Der

Energieverbrauch von Minergie-Häusern liegt rund Zweidrittel unter demjenigen üblicher Bauten.

4. Anzug betreffend Diversifikation der Basler Strombeschaffung Richtung Windenergie: Es sollen Beteiligungen oder langfristige Bezugsrechte an Windkraftwerken im In- und Ausland erworben werden, um damit ca. 5% des Basler Energiebedarfs abzudecken.

5. Anzug betreffend Energiepolitik in Zeiten steigender Öl- und Gaspreise: Es soll geprüft werden, ob die Verordnung zum Energiegesetz revidiert werden muss, damit ein Maximum an Energieeinsparung und Technologieförderung erwirkt werden kann und innovative Produkte mit verbesserten Eigenschaften, zum Beispiel im Bereich der Solartechnik, verstärkt gefördert werden können.

6. Anzug betreffend Nutzungsbonus für Minergie- und Passivhäuser von Privaten: Der Anzug verlangt von der Regierung, dass die Erstellung von neuen Immobilien, die den Standard Minergie erfüllen, durch einen Nutzungsbonus von 15% beziehungsweise 10% nach Bau- und Planungsgesetz gefördert wird.

7. Anzug betreffend Revision der IWB-Gewinnablieferung: Der Kanton ist angemessen an den steigenden Erträgen aus dem Stromhandel zu beteiligen. Die Gesetze über die Gewinnablieferung der IWB an den Kanton sollen entsprechend revidiert werden.

8. Anzug betreffend angemessenes Marketing von IWB-Strom: Die saubere Strombeschaffung soll zu einem Marketinginstrument ausgebaut werden. Zusätzlich zur Politik der Beschaffung aus erneuerbaren Energien sollen jene Ange-

bote weitergeführt und ausgebaut werden, die es interessierten Kunden ermöglichen, qualifizierten Ökostrom zu beziehen, etwa durch den Kauf von Solarstrom oder Label-Strom.

9. Anzug betreffend Eigentümerstrategie für Kraftwerksbeteiligungen: Basel versorgt sich praktisch ausschliesslich mit erneuerbaren Energien und Wärme-Kraft-Kopplung und besitzt ausgebaute Beteiligungen an Laufwasserkraftwerken und Speicherwerken. Der Anzug verlangt, dass eine Eigentümerstrategie des Kantons vorgelegt wird.

10. Anzug betreffend Verzicht auf die Erhöhung der Staumauer der Grimsel-Kraftwerke.

Michael Wüthrich



Nebst Basel gibt es in unserem Kanton ja auch noch Riehen, und dort wird am 12. Februar 06 gewählt. Dem Basler Grossrat und Regierungsrat entsprechen in Riehen der Einwohner- und der Gemeinderat. Ein Sitzgewinn für das Grüne Bündnis ist nicht ausgeschlossen.

Wie in Basel schliesst sich BastA! mit der Grünen Partei zur Liste Grünes Bündnis zusammen. Dies hat auch in Riehen schon fast Tradition: Es sind bereits die 3. Wahlen, bei denen BastA! mit den Grünen auf einer gemeinsamen Liste antritt. Mit von der Partie war jeweils noch die Frauenliste; diese hat sich aber bekanntlich aufgelöst. Allerdings machen noch viele Frauen von damals weiterhin Politik, und nicht wenige sind heute BastA!-Mitglied oder stehen BastA! oder auch den Grünen sehr nahe. Mit einem grossen Frauenanteil bei den KandidatInnen – 75% – will auch die jetzige Liste des Grünen Bündnisses den Frauenanliegen sowohl personell wie inhaltlich eine gute Plattform bieten.

Bis anhin hatte das Grüne Bündnis zwei Vertreterinnen im 40-köpfigen Einwohnerrat (Marianne Hazenkamp und Rita Altermatt). Aufgrund der Zahlen anlässlich der letzten Grossratswahlen (in Riehen 6.8% für das Grüne Bündnis) könnte ein weiterer Sitz erobert werden – unter Umständen auch für eine VertreterIn von BastA!.

Neu ist, dass eine Vertreterin des Grünen Bündnisses, Marianne Hazenkamp (Grüne Partei), für einen Sitz in den 7-köpfigen Gemeinderat (Exekutive) kandidiert. Mit ihrem Einzug in den Gemeinderat würde sich der Spielraum für ökologische und soziale Anliegen beträchtlich vergrössern, und Mehrheiten zu unseren Gunsten wären punktuell immer wieder möglich. Deshalb unterstützt BastA! diese Kandidatur.

In welche Richtung will das Grüne Bündnis die Riehener Politik beeinflussen? Speziell auf folgenden Themen wollen wir im Wahlkampf aufmerksam machen:

1. Stärkung des öffentlichen Verkehrs und „Bändigung“ des privaten: Das



Irène Renz, kandidiert in Riehen für BastA!

S-Bahn-Projekt konsequent voranbringen, den Bau der Zollfreistrasse und den Ausbau der Baselstrasse und des Grenzacherwegs verhindern, Ausbau der Tempo-30-Zonen, weitere Optimierungsmassnahmen für Velo-FahrerInnen und FussgängerInnen, mehr Begegnungsstrassen in Wohnquartieren, Parkplatzbewirtschaftung etc.

2. Soziale Themen: Konkrete Ideen entwickeln, wie die Gemeinde Riehen etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit unternehmen kann (z.B. Idee von einer Job-Factory in Riehen, mehr Freiräume z.B. in stillgelegten fabrikähnlichen oder bäuerlichen Gebäuden), wie Familien in deren vielfältigen Stress-Situationen vermehrt geholfen werden könnte (Überprüfen, ob eine Familien-Beratungsstelle in Riehen sinnvoll wäre, zusätzliche Mietzuschüsse für finanzschwache Familien etc.), die Förderung der Autonomie im Alter etc.

3. Siedlungspolitik: Wir wehren uns gegen grosse und verdichtete Überbauungs-Vorhaben und prüfen solche Vorhaben natürlich auch immer unter den Aspekten Umwelt- und Sozialverträglichkeit. Konkret fordern wir beim Projekt Stettenfeld eine Reduktion des geplanten möglichen Bauvolumens zugunsten einer gemischten Nutzung des gesamten Areals (weiterhin auch Erholungsraum, Familiengärten etc.). Wichtiger Grund gegen eine zu dichte Überbauung ist auch das daraus folgende, starke zusätzliche Verkehrsaufkommen durch das Nadelöhr Dorfzentrum und den Grenzacherweg.

In verschiedenen, ebenfalls wichtigen Bereichen könnten sich zwischen BastA! und den Grünen auch Differenzen ergeben (ev. Steuerpolitik, Schulpolitik, Position gegenüber dem neuen Energiemarkt-Gesetz etc.). Das würde für BastA! bedeuten, zeitweise auch abweichende Positionen vertreten zu müssen, was aber das an sich gute Verhältnis mit den Grünen nicht in Frage stellen sollte.

Einzelne Kandidatinnen stellen sich als sogenannte Spitzenkandidatinnen zur Wahl. Von insgesamt 20 Kandidatinnen des Grünen Bündnisses sind dies 5 Personen: drei von den Grünen und 2 – die UnterzeichnerInnen dieses Artikels – von BastA!. Diese werden im Wahlkampf aktive Rollen übernehmen, rechnen mit einer allfälligen Wahl und werden dafür PR-mässig etwas in den Vordergrund geschoben.

Für BastA! kandidieren als Mitglieder oder Parteilose folgende Personen: Irène Renz, Stefan Ryser, Madeleine Humm-Haenggi, Martin Knecht, Katharina Stoll, Robert Strittmatter, Elsbeth Meier Mühlemann, Monica Portmann, Markus Weber und Jo Schaffner.

Wir sind sehr interessiert an Anregungen, beantworten gerne Fragen und hoffen sehr auf Eure Unterstützung. Daumen drücken!

Irène Renz und Stefan Ryser



Stefan Ryser, kandidiert in Riehen für BastA!

Basel wird GATS- frei

Der Basler Grosse Rat hat im November mit klarem Mehr einen Vorstoss für eine GATS-freie Zone Basel überwiesen. Was bedeutet das?

Das GATS ist ein Abkommen der Welthandelsorganisation WTO zur Liberalisierung und Privatisierung der Dienstleistungen. Die WTO-Minister treffen sich vom 13. bis zum 18. Dezember 2005 in Hongkong, um das GATS-Abkommen weiter auszubauen. Wehren wir uns gegen die weitere Liberalisierung und Privatisierung von Verkehr, Gesundheit, Bildung, Wasser, Kommunikation, Kultur und Umwelt!

Veranstaltungshinweis zu diesem Thema siehe rechts unten.

Ich interessiere mich für Basta! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von Basta! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten Basta!-Versand.

Ich will Mitglied von Basta! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von

Fr. _____.-

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).

Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
Basta!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Tauben vergiften!

Satire

Couchepin fordert mehr Eigenverantwortung im Gesundheitswesen. Kann er haben! Die Vogelgrippe droht. Komm, lass uns Tauben vergiften! Ist billiger und effizienter als Tamiflu. Und die Nebenwirkungen sind absehbar.

Venedig, Piazza San Marco. Verstörte Touristen fotografieren Tauben, die auf den Köpfen anderer Touristen noch schnell ihre Notdurft verrichten, um dann leblos auf den Platz zu klatschen. Tod in Venedig. Knöcheltief liegen die Vogelgeleichen. Panik bricht aus. Ein Greenpeace-Aktivist kettet sich an den letzten noch flatternden Taubenflügel. Ein japanischer Reiseführer bahnt mit dem Samurai-Schwert für die ihm Anvertrauten einen Ausweg. Doch alle wissen: Wir sind infiziert, es gibt kein Entrinnen. Die Sensiblen fallen in Ohnmacht. Die Energischen sterben an Herzversagen. Die Börse reagiert krass. Die Kurse der Tourismusbranche sacken in ein Jahrhundertloch. Tierkadaver brennen, was den Ölpreis in die Höhe treibt. Die Wirtschaft taumelt.

Sempach, Vogelwarte. Die Ornithologische Gesellschaft schlägt Alarm. Die gemeine Haustaube wird auf die rote Liste der akut vom Aussterben bedrohten Tierarten gesetzt. In Fünf-Stern-Restaurants werden grillierte Taubenschenkel zu astronomischen Preisen angeboten. Tierschutzvereine protestieren. Weltberühmte Models demonstrieren nackt unter dem

Motto: „Wir tragen kein Federkleid!“ Martin Vosseler pilgert zu Fuss auf den Vogelberg.

Basel, Rathaus. Die Regierung beschliesst, sämtliche Mediatorinnen und Mediatoren mit dem Auftrag, das Taubenfütern einzudämmen, ab sofort freizustellen und krank zu schreiben. Dasselbe Schicksal ereilt alle Staatsangestellten, die bis anhin Bau- und andere Denkmäler von Taubendreck reinigten. Der VPOD reagiert mit einem geharnischten Communiqué, das den „barbarischen Akt gegen Mensch und Kreatur“ aufs Schärfste verurteilt. Die Arbeitslosenquote steigt. Die SVP gewinnt die Wahlen in Bettingen mit dem Slogan: „Falken statt Tauben!“

Basel, Münsterplatz. Weder auto- noch vogelfrei. In einer Nische sitzt ein alter Mann, umflattert von Tauben – eine Oase inmitten des geschäftigen Treibens der Metropole am Rheinknie. Der Alte füttert die Tierchen. Doch eigenartigerweise kehrt kein einziges zu ihm zurück. Der alte Mann brummt: „Georg, du bist kein Kreisler.“

Martin La Roche

Besuchen Sie unsere Website:
www.basta-bs.ch

Veranstaltungen

Donnerstag, 8. Dezember 2005

Basel wird GATS-freie Zone! Und jetzt? Öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Heidi Mück, Gewerkschaft Erziehung, Grossrätin Basta!
Alessandro Pelizzari, Soziologe, attac schweiz
Marianne Meyer, lic. jur., Gewerkschaft VPOD

● 19.30 Uhr Gewerkschaftshaus Basel
Rebgasse 1 (beim Claraplatz)

Mittwoch, 7. Dezember 2005

Im Rahmen des Regionalen Sozialforums widmen wir uns in einer Diskussionsreihe der Frage nach dem Zusammenhang zwischen politischen Ansprüchen und Utopien einerseits und unserer politischen Praxis andererseits. Den Auftakt macht eine Diskussion rund um den Finanzplatz Schweiz:

Das Kapital – Die Schweiz – Korruption – Solidarität. Ein offener Gedankenaustausch mit Mascha Madörin und Anré Rothenbühler,

● 19.30 Uhr, Quartiertreff Davidseck,
(Davidsbodenstr. 25, Basel)

Impressum: Nr. 4/November 2005. Herausgeber: Förderverein Basta!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Karin Haerberli, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel